

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Post-
betriebsgeld.

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile oder deren
Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gaa in Wildbad.

Nummer 144

Fernruf 179.

Wildbad, Freitag, den 25. Juni 1920.

Fernruf 179.

54. Jahrgang

Krise und Reichstagsöffnung.

Berlin, 24. Juni.

Die Regierungskrise ist, obwohl es endlich so langsam höchste Zeit wäre, noch nicht gelöst. Wohl haben die Verhandlungen des Reichsanwalters über die Bildung des Kabinetts ihren Fortgang genommen, ohne daß eine Störung eintrat, aber — ein Re- at kam eben nicht zustande. Auch fanden wieder Verhandlungen zwischen den verschiedenen Parteien statt, um eine Lösung herbeizuführen. Man ist allgemein der Meinung, daß die Mehrheitssozialdemokraten einzusehen beginnen, daß sie doch nicht umhin können werden, einzulassen, wenn nicht der Wirrwarr ins Unendliche verlängert werden soll. Darauf deutet wenigstens folgende Äußerung ihres Hauptorgans, des „Vorwärts“, hin: Da durch das Verhalten der Links-Unabhängigen eine Kombination, in der die sozialdemokratische Arbeiterpartei den stärksten Einfluß gehabt hätte, aus dem Bereich der Möglichkeit ausgeschlossen ist, da ferner die Wiederherstellung der alten Koalition gegenwärtig als unmöglich betrachtet wird, da schließlich auch eine Regierung weder wünschenswert noch möglich ist, in der die äußerste Reaktion ausschlaggebenden Einfluß besäße, ist tatsächlich nur noch eine Regierung der bürgerlichen Mitte möglich, die auf die Beine zu stellen die Aufgabe der an ihr beteiligten Parteien, nicht die der Sozialdemokraten ist. Von dieser kann nur verlangt werden, das Werk anderer nicht wieder in Trümmer zu schlagen, so lange sie nichts Besseres an seine Stelle setzen. Diese Einsicht ist in der Sozialdemokratie allgemein, und allgemein ist auch die Absicht, ihr entsprechend zu handeln.

Die „Tägl. Rundschau“ schreibt: „Das Bild, das unsere innerpolitische Verfahrenheit und Unfruchtbarkeit dem Auslande bietet, ist jämmerlich. Wir arbeiten wieder einmal für unsere Feinde, die aus unserer Verfahrenheit ihre Folgerungen ziehen und in Spa demgemäß verfahren werden. Trotzdem ringen sich aus der Parteiverbissenheit doch allmählich der Gedanke der Entpolitisierung der für die wirtschaftliche Arbeit in Betracht kommenden Ministerien durch.“

Obwohl augenblicklich noch nicht feststeht, was die Mehrheitssozialdemokraten beschließen werden, wird doch damit gerechnet, daß das bürgerliche Kabinett der Mitte zustande kommt. In parlamentarischen Kreisen wird vielfach die Ansicht vertreten, daß wenn von der Mehrheitssozialdemokratie kein Beschluß gefaßt wird, der sich mit dem Wunsch der Demokraten deckt, die Strömung innerhalb der Fraktion sich wird durchsetzen können, die eine Zustandekommen des bürgerlichen Blocks der Mitte als allein möglich ansieht. Von der gleichen Seite wird versichert, daß das neue Kabinett am Montag sich im Reichstag wird vorstellen können. Von anderer Seite verlautet aber, die Lage sei noch so unsicher, daß ungewiß sei, ob der Reichstag sich nicht gleich nach seinem Zusammentritt wieder auf mehrere Tage vertagen soll.

Fehrenbach äußerte gestern Abend Fraktionskollegen gegenüber, daß er die Hoffnung auf die Bildung eines Kabinetts der bürgerlichen Mittelparteien noch keineswegs aufgegeben habe. Ganz ausgeschlossen ist es jedoch, daß bereits heute vor dem Zusammentritt des Reichstags das Kabinett gebildet werden wird. Die weiteren Vorverhandlungen dürften sich noch etwas hinziehen.

Der zuverlässigste Ton in den Mitteilungen über Fehrenbachs Fortschritte in der Kabinettsbildung ist nach den Erkundigungen des „Vorwärts“ nicht unbedeutend. Allerdings wird es, wie die „Börs. Ztg.“ hört, nicht möglich sein, bis zur heutigen Eröffnungssitzung des Reichstags die Kabinettsbildung zu beenden. So sehr die Verzögerung der Krise zu bedauern sei, so genau sei die praktische Bedeutung der Tatsache, daß der Reichstag sich heute und vielleicht auch morgen noch ohne die neue Regierung behelfen müsse. Zunächst habe er mit sich selbst zu tun; er müsse sich gründen und in der zweiten Sitzung sein Präsidium wählen.

Der Meistensauschuß des Reichstags tritt heute vormittag zusammen. Es ist, wie verlautet, geplant, hinsichtlich der ungelösten Kabinettskrise den Zusammentritt des Reichstags noch einige Tage zu verschieben. Ob die Mehrheit des Meistensauschusses nicht aber doch die erste konstituierende Sitzung des Reichstags, in der es sich in der Hauptsache nur um die Bildung des Prä-

sidiums handelt, abzuhalten beschließt, läßt sich noch nicht mit Sicherheit voraussagen.

Aufhebung der Ortssteuerämter.

Von Kanzlei-Assistent Ruffe r-Eislingen.

Mit dem Uebergang unserer Finanzverwaltung auf das Reich droht einer alten Einrichtung der Untergang. Die Ortssteuerämter (früher Akziseämter) werden nämlich schon mit dem 1. April 1921 zunächst für die Verbrauchsabgabenverwaltung beseitigt. Ihre Gesamtaufhebung ist nur eine Frage der Zeit.

Es ist deshalb dringend notwendig, daß die interessierten Kreise und Gemeindevertretungen alsbald entschiedene Stellung dazu nehmen, ehe sie vor eine vollendete Tatsache gestellt werden.

Weil der größte Staat im Reich, Preußen, keine Ortssteuerämter hat, sollen diese nun auch bei uns entbehrlich sein, und sind deshalb zu beseitigen, so lautet das Urteil in Berlin.

Nun ist zwar an anderer Stelle schon hundertmal darauf hingewiesen worden, daß die Verhältnisse im Süden grundverschieden gegenüber denen von Preußen sind. Hier Kleinbetriebe, dort Großbetriebe, sowohl in der Landwirtschaft wie im Gewerbe. Unsere Kleinbauern und Kleingewerbetreibende sind nicht auf Durchführung eingerichtet, sondern gewohnt, ihre Steuerangelegenheit beim Ortssteueramt mündlich zu regeln.

Welche Folgen die Beseitigung dieser Ämter haben würde, soll nur in einigen Beispielen gezeigt werden. Bei den vorerst in Frage kommenden Verbrauchsabgaben handelt es sich in der Hauptsache um Branntwein-, Bier- und Weinsteuer. Wer bisher Branntwein herstellen wollte, ging zu seinem Akziser. Dieser besorgte die ganze Sache. Mündlich hat jeder Brenner und Stoffbesitzer seine Betriebsurkunde selbst auszufertigen und an die vielleicht 40 Kilometer entfernte Hebestelle einzuweisen. Kann er die Materialmenge nicht selbst berechnen, was bei den üblichen ungerichteten Gefäßen wohl in der Regel zutreffen wird, so muß er amtliche Aufnahme beantragen und tagelang warten, bis zufällig ein Aufsichtsbeamter kommt und das Material aufnimmt. Gibt er in seiner Anmeldung dagegen die Stoffmenge an, und diese weicht wesentlich gegenüber dem Erfunde durch etwaige Nachkontrolle ab, so steht er sich schließlich einer Bestrafung aus. Die Steuer kann er nicht wie sonst gleich bezahlen, sondern er muß solche an das Reichsmonopolamt nach Berlin schicken. Und nun denke man sich ein obstrichres Jahr, wo in der Mehrzahl der Gemeinde Hunderte von Bürger als Stoffbesitzer ihren Branntwein selbst herstellen wollten. Welche Hemmnisse und Verluste an Zeit und Portoauslagen hierbei entstehen, ist nicht auszubedenken. Bei der Weinsteuer ist es ähnlich so. Entweder muß im Herbst in die einzelnen Weinorte ein Beamter reisen, um die Anmeldungen entgegen zu nehmen, oder diese gehen bei den Hebestellen in einer Vertastung ein, daß ihre Prüfung und Richtstellung mehr Beamte und Zeit erfordert, als dies beim jetzigen System der Fall war. Auch die Obststeuer nimmt einen immer größeren Umfang an und ist auf das ganze Land ausgedehnt. Seither haben die Ortssteuerämter die Einlagen bei den Wirten aufgenommen und die Anmeldungen ausgefertigt, ebenso auch die Mostverkäufe das Jahr hindurch behandelt. Wie soll nun dies in Zukunft werden, wenn kein Beamter mehr am Platze ist, der nach der Sache sieht. Große Unannehmlichkeiten für die Steuerzahler, vermehrte Auslagen für Beamtenreisen und erhebliche Steuerausfälle werden die Folge sein. Es ist nun einmal so, der Süddeutsche hat mehr Vertrauen zu seinem Akziser als zu fremden Beamten, bei denen er, wenn auch mit Unrecht Steuerhinterlassungen wittert. Er will seine schuldigen Abgaben bezahlen, nur muß ihm der Weg möglichst bequem gemacht werden.

Auf dem Gebiete der direkten Steuern wird die Beseitigung der Ortssteuerämter sich für die Steuerpflichtigen womöglich noch ungünstiger auswirken. Die Kapitalertragsteuer ist künftig vom Schuldner an die Finanzämter abzuführen. Hierbei hat er den Namen des Gläubigers, Kapitalsumme, Zinssatz usw. anzugeben. Beseitigt er bei schriftlicher Abmachung auch nur einen Punkt, so entstehen Rückfragen und unvermeidliche Belästigungen. Denn allem wäre er entzogen, wenn er die Steuer einfach seinem Akziser übergeben dürfte.

Die Reichseinkommensteuer sieht bekanntlich bei Lohn- und Gehaltsempfänger einen 10prozentigen Abzug zur Deckung der Steuer durch den Arbeitgeber vor. Am Jahresabschluss muß sodann jeder Steuerpflichtige mit dem Finanzamt abrechnen und zu diesem Zweck seine Steuerkarte mit den eingeklaberten Marken vorlegen. Nun denke man sich größere Arbeitergemeinden, die vom Sitz des Finanzamts weit entfernt sind, welcher Verlust an Arbeitszeit, Taggeld und sonstigen Auslagen wird den Arbeitern dadurch entstehen. Wie einfach dagegen wäre die Abrechnung beim Akziser, die schließlich noch nach Feierabend gemacht werden kann. Ebenso sind die freien Berufsleute und die Landwirte künftighin genötigt, ihre Steuern in 4 Raten direkt an das Finanzamt zu zahlen, da ihnen das bequeme Mittel, am Wohnort zu zahlen und Auskünfte zu erlangen, genommen sein wird.

Die ländliche Bevölkerung wie die Arbeiterschaft werden bei Aufhebung der Ortssteuerämter die Leidtragenden sein und es wäre höchste Zeit, sich dagegen zu verwahren.

Es ist eben doch ein großer Unterschied, ob eine Einrichtung als überlebt und wertlos abgeschafft werden soll, oder ob ein altbewährtes System nur um der Gleichmacher willen aufgehoben wird, und man sollte sich die nicht übersehbaren Nachwirkungen sehr vor Augen halten.

Bisher galten im deutschen Reich die steuerlichen Einrichtungen Süddeutschlands als die musterhaftesten, während diejenigen von Preußen als die unvollkommensten und schlechtesten bekannt waren. Trotzdem geht man daran, sie nach preussischem Muster umzumodeln.

Auch die Gemeindevertretungen haben allen Anlaß, für die Beibehaltung der Ortssteuerämter einzutreten. Bisher besorgten letztere einen großen Teil der sonst den Gemeindebehörden zukommenden Staatsgeschäfte. Diese werden infolge der Ummenge neuer Steuererträge immer umfangreicher und da die Gemeinden jetzt schon mit Geschäften überhäuft sind, so werden sie nach Abschaffung der Ortssteuerämter umso spürbarer wirken.

Die Bevölkerung kann erwarten, daß nicht ein rückwärtsgerichtetes System, das stark an den ehemaligen starren preussischen Militarismus erinnert, gegen ihren Willen und zum Schaden der Allgemeinheit durchgeführt wird.

Neues vom Tage.

Noten an Deutschland.

Paris, 24. Juni. Außer der Antwort der Bundesräte auf die deutsche Note betreffend den Bestand der deutschen Reichswehr nach den Beschlüssen der Konferenz von Boulogne, wonach auf der Verminderung der Heeresstärke beharrt wird, sind laut „Journal des Debats“ gestern der deutschen Friedensvertretung zwei weitere Noten betreffend die allgemeine Entwaffnung und die Ablieferung des Luftschiffmaterials überreicht worden.

Amsterdam, 24. Juni. Nach der „Times“ in London soll eine in der Entwaffnungsfrage an Deutschland gerichtete Note, die gestern überreicht worden ist, den deutschen Einwendungen insofern Rechnung tragen, als sie die Erhöhung der Politzetruppen von 80.000 auf 150.000 Mann gestatte.

Einberufung des Reichswirtschaftsrats.

Berlin, 24. Juni. Der Reichswirtschaftsrat ist nunmehr endgültig zum 30. Juni, nachmittags 3 Uhr, in das ehemalige preussische Herrenhaus in Berlin einberufen worden.

Aufhebung des Adels in Preußen!

Berlin, 24. Juni. Die preussische Landesversammlung nahm gestern u. a. ein Gesetz zur Aufhebung der Standesvorrechte des Adels und Aufhebung der Hausvermögen an.

Erzberger bleibt in der Zentrumsfraktion.

Berlin, 24. Juni. Gestern nachmittag erschien Abg. Erzberger zum erstenmal wieder im Reichstagsgebäude. Wie der „Volksanzeiger“ erfährt, will sich die Zentrumsfraktion über das Verbleiben Erzbergers in der Fraktion erst noch schlüssig machen. Erzberger hielt eine mehrstündige Rede, in welcher er erklärte, daß der Revisionsprozeß noch lange nicht entschieden sei, da er Revision eingeleitet habe. Die Gewerkschaftler drohten, aus der Zentrumsfraktion auszutreten, wenn Erzbergers Ausscheiden aus dem Zentrum erzwungen würde. Erzberger bleibt daher vorläufig Abgeordneter der Zentrumsfraktion.

Anrechnung der Naturalbezüge beim Steuerabzug.

Berlin, 24. Juni. Nach Paragraph 45 des Einkommensteuergesetzes hat der Arbeitgeber bei jeder Lohnzahlung 10 Prozent des Arbeitslohnes zu Lasten des Arbeitnehmers einzubehalten. Als Arbeitslohn gelten nach Paragraph 9 des Gesetzes außer dem Barlohn auch Natural- und sonstige Sachbezüge. Der Wert dieser Bezüge ist gemäß Paragraph 37 des Gesetzes nach den ortsüblichen Mittelpreisen anzusetzen. Die Gleichmäßigkeit der Besteuerung erfordert es, daß zunächst noch für die Bewertung der Natural- und sonstigen Sachbezüge einheitliche Grundsätze aufgestellt werden. Der Reichsfinanzminister habe sich daher zu der Anordnung entschlossen, daß bei dem Steuerabzug vom Arbeitslohn, der bekanntlich am 25. Juni in Kraft tritt, die Natural- und sonstigen Sachbezüge nicht mit in Anrechnung kommen sollen. Die Anrechnung dieser Bezüge soll vielmehr erst am 1. August, und zwar mit Wirkung von diesem Tage ab, in Kraft treten. So also der Gesamtlohn eines Arbeiters gleichzeitig aus Barlohn und Naturalbezüge besteht, wird der Abzug bis zum 1. August lediglich vom Barlohn und erst von diesem Tage ab vom Naturallohn vorgenommen.

Hege gegen den Steuerabzug.

Berlin, 24. Juni. Nach einer Meldung des „Berl. Volksanweisers“ aus Halle wurde in einer von mehreren tausend Arbeitern, Angestellten und Beamten besuchten Versammlung, in der gegen den 10prozentigen Steuerabzug Einspruch erhoben wurde, eine Entschließung gefaßt, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß das Proletariat gewillt sei, von allen ihm zu Gebote stehenden Nachmitteln Gebrauch zu machen, wenn die brutale Maßnahme, wie sie der Steuerabzug darstelle, nicht beseitigt werde.

Die Schäden im Ruhrgebiet.

Hamborn, 24. Juni. Die anlässlich der Märzunruhen in den Landkreisen Nees, Dinslaken, sowie in den Städten Hamborn, Oberhausen, Duisburg und Mülheim a. R. entstandenen Schäden werden amtlich auf rund 81 Millionen Mark berechnet. Dazu kommt noch die Beeinträchtigung, die dem Staat, dem Reich und den Gewerbetreibenden an ihrem Eigentum erwachsen sind. Nicht angerechnet sind auch die Personenschäden, welche die staatliche Sicherheitspolizei und die Reichswehr erlitten haben.

Keine Fristverlängerung für die Türkei.

Paris, 24. Juni. Das Sekretariat der Friedenskonferenz hat dem Großwesir eine Note zugestellt, in der ihm eröffnet wird, daß die der Türkei zugestandene Frist zur Einreichung ihrer Bemerkungen auf den Friedensvertrag am 26. Juni abläuft und daß eine Fristverlängerung nicht zugestanden wird.

Koalitionsregierung in Rußland?

London, 24. Juni. „Evening Standard“ vernimmt aus diplomatischer Quelle, daß sich verschiedene bolschewistische Führer, unter ihnen auch Lenin, für die Bildung einer Koalitionsregierung bemühen. Man erwartet für die nächste Zeit eine Umwälzung in der Regierung Rußlands.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 24. Juni. Der Reichstag trat heute nachmittags um 3 Uhr zu seiner ersten Sitzung zusammen, in der lediglich der Namensaufruf der Abgeordneten stattfand.

Berlin, 24. Juni. Die französische Regierung hat bei der deutschen Regierung das Agreement für Herrn Charles Laurent, dem für Berlin bestimmten französischen Vorkämpfer, angenommen. Das Agreement wurde bereits erteilt. Laurent war wiederholt mit finanziellen Missionen der französischen Regierung im Auslande betraut.

Saarbrücken, 24. Juni. In der ganzen Westpfalz ist eine Massenabwanderung von Arbeitern erfolgt. In Ludwigshafen wurde am Samstag 8000, in Kaiserslautern 3000 und in Pirmasens 2800 Arbeitern gekündigt.

London, 24. Juni. Reuter erfährt, daß die englische Regierung den Völkerbundsrat gebeten habe, sich mit der Frage der Oberherrschaft über die Kanal-Inseln

zu befassen, da der Oberste Rat sich nicht damit beschäftigen könne. Der Völkerbundsrat werde bald zusammentreten, um über die Frage zu beraten.

Kopenhagen, 24. Juni. Nach einem Telegramm des hiesigen lettischen Telegraphen-Bureaus wird die Konferenz der beiden Staaten am 20. Juli in Riga zusammentreten.

Amsterdam, 24. Juni. Die „Times“ melden aus Jericho, daß ein jüdisches Bataillon nach Jericho und dem Toten Meer abgehandelt worden sei, um die indischen Truppen, die wegen ausgebrochener Unruhen dorthin abmarschiert seien, zu verstärken.

Budapest, 24. Juni. Die Polizei verhaftete heute den Generaldirektor der Ungarischen Union-Bank, Dr. Wilhelm Geroy und den Direktor der gleichen Bank, Olehay, unter dem Verdacht der Beteiligung an den Unterschlagungen des Morton Jellinska, der postbrieffach verfolgt wird.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 24. Juni.

Das Haus ist voll besetzt, desgleichen die Tribünen. Im übrigen deutet nichts im äußeren Ansehen des Saales auf die Bedeutung dieser ersten Sitzung des ersten Reichstags nach der Umbildung des Reiches hin.

Der Alterspräsident Abg. Riecke (Soz.) eröffnet die Sitzung und ernennt die Abg. Kallweit, Frau Agnes, Frau Bohm-Schuch und Dr. Pfeiffer zu provisorischen Schriftführern.

Geschäftsordnungsmäßig wird sodann zum Namensaufruf der Abgeordneten geschritten, was sich im allgemeinen einmündig vollzieht und in dessen Verlauf sich ergibt, daß die meisten Minister im Plenum Platz genommen haben, so z. B. die Abg. Birch, Wiesbergs, David, Blund und Bauer. So erklärt es sich auch, daß auf der Ministerbank Reichsminister Koch das gesamte Reichskabinett vertritt. Bei dem Aufruf des Namens des Abg. Mittwoch (U.S.) ruft Abg. Ledebour unter schallender Heiterkeit des Hauses: Der sitzt! Zu einer ähnlichen Szene kommt es beim Aufruf des Namens Stinnes. Hier ruft Abg. Hoffmann (U.S.): Wenn das Geld im Kasten kling, der Stinnes in den Reichstag springt!

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 432 Abgeordneten. 34 Abgeordnete fehlen.

Der Alterspräsident konstatiert die Beschlußfähigkeit des Hauses und setzt die nächste Sitzung auf Freitag nachmittags 3 Uhr mit der Tagesordnung: Wahl des Präsidenten fest. Schluß gegen 4 Uhr.

Württemberg.

Stuttgart, 24. Juni. (Anfragen.) Die Sozialdemokraten und die Unabhängigen haben verschiedene Anfragen im Landtag eingebracht. Die Mehrheitssozialisten machen den Arbeitsminister auf die Stilllegungen, Einschränkungen und Arbeiterentlassungen in verschiedenen Industriebetrieben aufmerksam, ferner behandelt eine Anfrage den bekannten Aufruf in der „Schwab. Tageszeitung“ zur Bewaffnung der Bauernschaft. Die U.S.P. hat eine gleiche Anfrage dieser Art an den Arbeitsminister gerichtet, in der sie die Betriebsbeschränkungen auf Profitinteressen und Spekulationsgründe zurückführt. Eine weitere Anfrage befaßt sich mit der Steigerung der Preise für die Lebensmittel und mit den Sägen für die Erwerbslosen- und Kurzarbeiterunterstützung.

Stuttgart, 24. Juni. (Zur Wahl des Staatspräsidenten) schreibt die „Schwab. Tagwacht: Wenn die sozialdemokratische Fraktion für die Wahlung Dr. Hiebers zum Staatspräsidenten stimmte, so geschah es aus den gleichen Gründen, aus denen sie bereit gewesen wäre, der Wahl Bayerns zuzustimmen. Nach dem Ausscheiden aus der Regierung mußte der sozialdem. Fraktion daran liegen, bei der Bildung der neuen Regierung einen starken Rückhalt nach Rechts zu verhindern. Dieser Gesichtspunkt ist für sie bestimmend gewesen. Zugendeine Bindung der sozialdem. Fraktion in Bezug auf ihre Haltung zu der neu zu bildenden Regierung stellt ihre Abstimmung nicht dar.

Stuttgart, 24. Juni. (Um die Zwangsbewirtschaftung der Baustoffe.) Der Verband technischer Vereine Württembergs hat an das Württ. Arbeitsministerium das Ersuchen gerichtet, die Zwangsbewirtschaftung der Baustoffe für Württemberg so schnell wie möglich aufzuheben. Der Verband stellt sich mit dieser Eingabe ganz hinter den Beschluß der Bezirksbaustoffstelle Groß-Stuttgart, die ähnliche Forderungen erhoben hat.

Stuttgart, 24. Juni. (Streik.) Bei der hiesigen Buchdruckerei-Gesellschaft A.-G., in der u. a. auch der „Staatsanzeiger“ hergestellt wird, ist infolge von Differenzen zwischen Leitung und Personal ein Streik ausgebrochen, der zur Folge hatte, daß die Donnerstag-Nummer des „Staatsanzeigers“ nicht erscheinen konnte. Verhandlungen über die Beilegung des Streiks sind im Gange.

Stuttgart, 24. Juni. (Raum zu glauben.) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Zeitungsnachrichten zufolge haben Metzger des Oberamts Oberndorf beim Einkauf von Schlachtschweinen für den Zentner Lebendgewicht 1000 Mk. geboten und das Schweinefleisch über den Höchstpreis verkauft. Das Oberamt wurde sofort angewiesen, für Einhaltung der festgesetzten Höchstpreise für Schlachtschweine und Schweinefleisch unverzüglich Sorge zu tragen.

Gaunhaff, 24. Juni. (Eine seltene Veranstaltung.) Am nächsten Sonntag finden hier große sportliche Wettkämpfe der Schwimmvereine, wie Schwimmen über eine 1500 Meter lange Redarstraße, die unter der König-Karl-Brücke und der neuen Eisenbahnbrücke durchführt und in der Nähe der Wilhelmstraße endet, statt. Auch vollständige Darbietungen großen Stils, wie das Ulmer Fischerstechen und verschiedene Wettfahrten der Ruderer wüderer werden aufgeführt. 18 Vereine aus ganz Süddeutschland sind mit 150 Meldungen bei den Wettkämpfen vertreten.

Alperg, 24. Juni. (Schwerer Einbruch.) In letzter Zeit wurde in verschiedenen Wohnungen eingebrochen, so in den Laden des Kaufmanns August Christ. Die Täter nahmen alles mit, was ihnen in die Hände kam: einige Tischballen, Schokolade, eine Menge Zigarren und Zigaretten, Tabak, Kunsthonig usw. im Wert von 8000 Mk. Von den Dieben hat man noch keine Spur.

Heilbronn, 24. Juni. (Falsche Banknoten.) Seit kurzem treten hier zahlreiche Fälschungen von Reichsbanknoten zu 100 Mk. auf, die das Ausstellungsdatum vom 7. Februar 1908 und rote Stempel tragen. Sie sind leicht daran erkenntlich, daß die Faserstreifen (keine Härchen) nicht im Papier eingelassen, sondern mit roter Tinte aufgebracht sind; die Rückseite ist schlecht ausgeführt, das Papier ist nicht gerippt wie das der echten Noten, sondern glatt und etwas dünner. Um sich vor Schaden zu bewahren, ist daher Vorsicht geboten. Dem Ermittler des Fälschers steht hohe Belohnung des Reichsbank-Direktoriums in Aussicht.

Neresheim, 24. Juni. (Tot aufgefunden.) In der Nähe von Röttingen geriet der 80 Jahre alte Schreiner Johannes Duschler in eine Grube und erstickte. Er wurde tot aufgefunden.

Widdern, 24. Juni. In einer von Stadtschultheiß Pfisterer einberufenen Bürgerversammlung erklärten die Landwirte die Erhöhungen für Milch als zu hoch. Sie seien von ihnen nicht gewünscht worden. Sie erklärten sich bereit, die Milch um 1 Mk. das Liter und die Butter für 12 Mk. das Pfund zu verkaufen.

Salingen, 24. Juni. (Der Bod als Gärtner.) In der öffentlichen Gemeinderatsitzung gab Stadtschultheiß Kommel wegen der Unregelmäßigkeiten auf dem Lebensmittelamt eine Erklärung ab. Der bisherige Leiter des Lebensmittelamts habe, wie er selbst bei seiner verantwortlichen Vernehmung zugab, in verschiedenen Fällen Lebensmittel aus den Beständen des Lebensmittelamts gegen Barzahlung, aber unberechtigt entnommen und an seine Verwandten abgegeben oder mit der Post versandt. Die Untersuchung habe das sofortige Ausscheiden des bisherigen Leiters des Lebensmittelamts aus dem städtischen Dienst notwendig gemacht.

Die wilde Hummel.

Roman von Erich Friesen.

65

(Fortsetzung.)

Karl aber winkt ihnen mit einem bedeutsamen Blick auf das blaue Gesichtchen ab. Zärtlich, wie ein sorgender Vater, geleitet er sein Hummelchen in Mutter Wilhelminens Stille.

Die gute Alte gerät in einen wahren Freundentau. Sie weint und lacht in einem Atem und streichelt immer wieder mit ihren verdorrten Händen die schmalen Wangen ihres Liebblings.

Niemand belästigt die bleiche Frau heute mit Fragen.

Erst am nächsten Morgen, als sie ausgeschlafen hat und gegessen und getrunken — da nimmt Karl sie vor und fragt sie nach dem Grunde ihrer Rückkehr, und wo ihr Mann sei und warum nicht er sie begleitet habe, sondern ein anderer.

Und Hummelchen erzählt — ohne ein Tüpfelchen zu verschweigen.

Und ihr ist, als schmelze die Eiskruste, die ihr armes Herz während der letzten Monate umschlossen hielt, als schwände all das Weh und Leid und sie sei wieder das harmlose fröhliche Naturkind der südafrikanischen Karroo, das „Sonnenscheinchen von Büffel-Goldfeld“.

Karl unterbricht sie mit keiner Silbe, aber in seinem gebräunten Gesicht zuckt es drohend.

Als jedoch die „Jungens“ erfahren, daß Hummelchen, ihr Hummelchen, fortan wieder bei ihnen bleiben will, daß sie zurückgekehrt ist für immer — da gibt es

ein Jubelfest, wie Büffel-Goldfeld es noch nie gesehen hat.

Bis früh am Morgen widerhallt die südafrikanische Karroo von tosendem Lärm und brüllendem Gesang.

Auch Gerald v. Trotha genießt wieder Gastfreundschaft in reichem Maße. Die „Jungens“ sind nicht nachtragend. Sie haben es schon vergessen, daß Gerald sich damals ohne Abschied davon gemacht hatte.

Nur Karl beobachtet ihn noch misstrauisch. Alles, was von „da oben“ kommt, erregt jetzt seinen Argwohn. Doch Hummelchen beruhigt ihn.

„Er ist wirklich ein guter Mensch, Karl. Der einzige von allen, der mich um meiner selbst willen lieb hatte. Hätte ich ihn jetzt nicht gehabt — ich weiß nicht, was aus mir geworden wäre. Denn mich allein hierher finden von Berlin aus —? Er hat alles für mich besorgt, wie ein wahrer, ungelieblicher Freund. Und dabei hat er da oben in Berlin noch ein Mädchen lieb! Wie schwer mag's ihm geworden sein, auf so lange Zeit wegzugehen, ohne irgend jemanden zuhause zu sagen, wohin — nicht einmal seiner Braut, nicht einmal seiner Mutter. Ich hatte ihm sein Wort abgenommen, zu schweigen. Niemand sollte mir dazwischen reden, niemand mich abhalten von meinem Voratz. Und er hat sein Versprechen gehalten, Karl! Und wie er es gehalten hat! Kein Mensch da oben weiß, wo ich bin und wo er ist. Vielleicht wird man sich um ihn ängstigen oder gar schlecht von ihm denken. Aber das hat ihn nicht gekümmert. Er hat sein Wort gehalten. Er ist ein guter, treuer Freund, Karl!“

Karl Heinzius ist es, als fälle ihm ein Stein vom Herzen. Wenn er auch niemals seinem Hummelchen etwas Schlechtes zutrauen würde, so waren ihm doch

leise Bedenken wegen des jungen Mannes aufgestiegen, die jetzt schwinden.

Er hat deshalb auch nichts dagegen, daß die beiden jungen Menschen wieder, wie damals, gemeinsam zu Pferde in der Karroo umherstreifen. Denn Gerald hat ihm erklärt, daß er noch ein paar Wochen in Büffel-Goldfeld bleiben wolle, bevor er nachhause zurückkehre.

Nun benutzt der warmherzige Jüngling die Gelegenheit, um „Sonnenscheinchen“, wie er Diane v. Algenbach wieder nennt, zu bestimmen, ihren Groß gegen ihren Gatten zu überwinden und ihm zu verzeihen. Wenn er auch zugäbe, daß Norbert sich zuerst hauptsächlich ihres Geldes wegen mit ihr verlobt habe, so wisse er doch ganz genau, daß er sie jetzt von ganzen Herzen liebe.

Doch Hummelchen will nichts davon hören. Und Gerald sieht bald ein, daß da vorberhand nichts zu machen ist. Vielleicht später, bevor er abreist, damit er Norbert die frohe Kunde überbringen kann, seine Frau habe ihm verziehen.

Den Hauptgrund ihres Zornes und ihrer Empörung, der sie fortgetrieben, kennt er freilich nicht. Daß Norbert seiner Frau den schmähtlichen Verdacht der Untreue ins Gesicht geschleudert hat, und daß er, Gerald selbst, damit zusammenhängend — das hat Hummelchen ihm verschwiegen. Aus Holz und aus — Schamgefühl.

Nach wenigen Tagen ist Diane v. Algenbach wieder die frühere „wilde Hummel von Büffel-Goldfeld“ — äußerlich wenigstens.

In dem kurzen, weißen Leinenrock, den Mutter Wilhelmine wie eine Reliquie aufbewahrt hat, springt sie auf ihrem Pferdchen Bill, das sie gleich wiedererkannte und bei ihrem Anblick laut aufwachte, in die

Letzte Nachrichten.

Die neueste Ministerliste.

Berlin, 24. Juni. Neuesten Angaben zufolge wird das Kabinett Fehrenbach nach Abschluss der Verhandlungen am heutigen Vormittag aus folgenden Persönlichkeiten bestehen: Reichskanzler: Fehrenbach (Str.), Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichsjustizminister: Dr. Heine (D. Volksp.), Reichsminister des Innern: Dr. Koch (D. D.), Reichsminister des Auswärtigen: Dr. Simons (D. D.), Reichsfinanzminister: Dr. Wirth (Str.), Reichsminister: v. Kaumer (D. Volksp.), Reichswehrminister: Dr. Gessler (D. D.), Reichsverkehrsminister: Gröner (parteilos), Reichsarbeitsminister: Giesberts (Str.). Der künftige Reichswirtschaftsminister ist noch nicht bestimmt. Das Reichswirtschaftsministerium ist dem Oberbürgermeister von Charlottenburg, Dr. Scholz, angeboten worden. Es steht aber noch nicht fest, ob er diesen Posten übernehmen wird.

100 000 Mann grundsätzlich bewilligt.

Berlin, 24. Juni. Bei der deutschen Regierung sind zur Entwaffnungsfrage zwei Noten eingegangen, eine vom Präsidenten der Friedenskonferenz, eine andere vom Obersten Rat. Die Note des Obersten Rats ist eine Ergänzung der Note des Präsidenten der Friedenskonferenz. Die Forderungen der Noten decken sich ungefähr mit dem, was die französische Regierung während der letzten Zeit hierüber bereits zum Ausdruck brachte. Es wird grundsätzlich die Herabminderung des Deeres auf 100 000 Mann gefordert. Zugestanden wird eine lokal organisierte Polizei.

Sozialdem. Antrag auf Erlass eines allgemeinen Amnestiegesetzes.

Berlin, 24. Juni. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die in ihrer gestrigen Sitzung zu Vorsitzenden die Abg. Hermann Müller, Scheidemann und Bels gewählt hat, hat, wie der „Vorwärts“ mitteilt, beschlossene, folgenden Antrag einzubringen: „Der Reichstag wolle beschließen: Die Regierung wird ersucht, den Ent-

wurf eines allgemeinen Amnestiegesetzes vorzulegen, durch den die Straffreiheit entsprechend der Viesfelder Vereinbarung vom 29. März gewährleistet wird.“ Das bildet dann gleich eine neue Belastung für das Kabinett. Allerdings wird man diesen Antrag wohl in der nächsten Woche nicht beraten, und dann folgen wohl lange Ferienmonate.

Litauens Außenminister.

Berlin, 24. Juni. Der bisherige Vertreter der litauischen Republik in Berlin, Dr. Puchkis, ist in das neue litauische Kabinett als Minister des Auswärtigen eingetreten. Herr Dr. Puchkis hat sich während seiner Berliner Amtszeit in anerkannter Weise besonders in den Fragen der aus Litauen ausgewiesenen Reichsdeutschen und des Holz-Exportes bemüht. Die Übernahme des litauischen Außenministeriums durch Dr. Puchkis läßt erhoffen, daß die deutsch-litauischen Beziehungen sich nunmehr auf dem Boden eines gutnachbarlichen Zusammenlebens zum Besten der beiden Völker normal entwickeln werden.

Gemeinsame Bekämpfung der Typhus-Epidemie.

London, 24. Juni. Der Völkerbund fördert in einem Aufruf alle Länder der Welt auf, die Mittel zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie in Polen und dessen Nachbarländern und zur Verhinderung einer weiteren Ausbreitung der Epidemie zur Verfügung zu stellen. Die britische Regierung hat eine erste Leistung von 50 000 Pfund Sterling bewilligt, vorausgesetzt, daß die anderen Länder eine gleiche Summe aufbringen.

Zusammenschluß der russisch-französischen Internationale.

Paris, 24. Juni. (Havas.) Laut „Petit Parisien“ meldet ein Moskauer Funkpruch, daß der Vollzugsausschuß der kommunistischen Internationale gegenwärtig mit den Vertretern der französischen sozialistischen Partei Cachin und Trotsky über die Bedingungen des Eintrittes in die kommunistische Internationale verhandelt. Beide haben dem Vollzugsausschuß bestätigt, daß ihre Partei endgültig darauf verzichtet hat, eine unabhängige Internationale zu gründen und daß sie sich der 3. Internationale anschließen werden.

Englisch-russische Bedingungen.

Amsterdam, 24. Juni. Nach einer Meldung aus

Neuport jagte der russische Volkskommissar des Auswärtigen, Tschitscherin, in einer Rede, England suche in der Angelegenheit der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit der Sowjetregierung Bedingungen durchzusetzen, die darauf hinausgehen, daß Rußland alles zu geben habe, während England seinerseits nichts biete. Die englische Regierung habe tatsächlich keine Zusicherungen dafür gegeben, daß der Handelsverkehr endgültig wieder aufgenommen werden soll und habe inzwischen die im Kriege mit Rußland stehenden Streitkräfte unterstellt. Ein Abkommen mit England sei nur auf der Grundlage der Gegenseitigkeit möglich.

Mutmaßliches Wetter.

Leichte Zübrungen sind trotz des Hochdrucks noch vorhanden. Am Samstag und Sonntag sind häufige Gewitter, sonst aber trodene Sommerwärme zu erwarten.

Aus der Heimat.

Wildbad, den 25. Juni 1920.

Schadenfeuer. In der Behausung der Pauline Raßbrach gestern mittag während deren Abwesenheit Feuer aus. Durch das rasche Eingreifen der übrigen Hausbewohner konnte ein größeres Unglück verhütet werden. Der schwer Geschädigten sind Kleidungsstücke und sonstige Gebrauchsgegenstände teils verbrannt, teils stark beschädigt worden. Die eingeleitete Untersuchung wird die Ursache ergeben.

Ev. Gottesdienst. Sonntag, 27. Juni, 4. Sonn. n. Trin. 9^{1/2} Uhr Predigt: Stadtpfarrer Dr. Federlin. 10^{1/2} Uhr Kindergottesdienst. Nachm. 1 Uhr Christenlehre für die Töchter: Stadtpfarrer Lisch.

Kath. Gottesdienst. Sonntag, 27. Juni. Spende der heil. Firmung durch den hochw. heil. Weihbischof Dr. J. B. Sproll. 6 und 7 Uhr Frühmesse, 9 Uhr bischöf. Messe, hernach bischöf. Ansprache und Firmung. Nachm. 2 Uhr Andacht. Dienstag, den 29. Juni, 9 Uhr Predigt und Amt, 2 Uhr Andacht, an den übrigen Tagen 7 Uhr hl. Messe. Veicht: Samstag von 4 Uhr an. Kommunion: Sonntag bei den Frühmessen. Dienstag 7 und 8 Uhr, an den übrigen Tagen bei der hl. Messe. Mittwoch, den 30. Juni keine hl. Messe.

Unterricht und Erziehung auf dem Lande

nach Vorbild der Landeserziehungsheime im engsten Anschluß an die Familie des Besizers, Major a. D., finden Anaben in kleinem Kreise im Landheim Pulvermühle nahe Tübingen. Ziel: Erziehung zu wohlherzogenen, lebensfrohen, kraftvoll handelnden Menschen mit starkem Nationalbewußtsein, sowie Unterricht bis Reifeprüfung des Gymnasiums. Bewährte Lehrkräfte, Anleitung zu disziplinierter Arbeit, Unterweisung im Handwerk, Gartenbau und Landwirtschaft. Gesundes, einfaches Leben, gute Ernährung, Turnen, Sport, Wandern. Zur Ferienzeit Aufnahme von Ferienschülern. Ausführliche Berichte zur Verfügung. Rücksprache vom 25. bis 28. in Wildbad möglich. Anfragen an die Exp. ds. Blattes.

Kath. Pfarrgemeinde Wildbad.

Am Sonntag, 27. Juni findet im „Gasthaus zum Röhlen Brunnen“ abends 8 Uhr zu Ehren und in Anwesenheit des zur Firmung hier weilenden Hochw. Herrn Weihbischof Dr. J. B. Sproll ein

Familienabend

statt. Die Mitglieder der Gemeinde mit ihren Angehörigen sind hiezu freundlich eingeladen.

Kath. Stadtpfarramt:
Fischer.

Kriegswitwen und Kriegshinterbliebene

von hier und den Parzellen, die durch Anfertigung von Haarnetzen Hausarbeit verrichten wollen, wollen sich bei mir am nächsten Sonntag von 10—12 Uhr melden.

Der Vors. des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen Ortsgruppe Wildbad
Ch. Fr. Bott.

Ich habe mich hier als

Arzt

niedergelassen.

Sprechstunden: 10—12 3—5

Sonntags 10—11

in Villa Elisabeth, Kernerstraße 30 part.

Dr. med. F. Lahmeyer.

Verloren

ein Platin-Herrenring mit Brillant.

Gegen gute Belohnung abzugeben im Quellenhof.

Linden-Kabarett

Wilhelmstraße 147

Dir.: E. Zengler.

Tägl. abends 8^{1/2} Uhr

Gastspiel

Otto Siber

der beliebte Humorist

und

Cläre Perlen

nur noch einige Tage.

Ersklassige

Künstler-Kapelle

Kapellm. SEIDEL

dazu das

neue Kabarettprogramm.

Anschließend Künstler-Reunion.

Vorverk.: Cigarrenhdlg. Lokataki.

König Karlsstr.

Landes-Kur-Theater

Wildbad

Direktion Steng & Krauß.

Freitag, 25. Juni

Das Dreimäderlhaus

Singspiel in 3 Akten.

Samstag, 26. Juni

Willy's Frau.

Holtzeres Familienstück in 3 Akten

von Reimann und Schwartz.

Herrn-Hemden 38 Mark,

Unterhosen 25 Mk., Socken

Paar 18 Mk., Frauenstümpfe

Paar 12 Mk., Knaben-Trikot-

Hemden St. 25 u. 29 Mk.

Porto extra Nachh. Gute Ware.

M. Grossmann, München, 197 C

Forstamt Meistern.
Stammholz-, Stangen-,
Beigholz- und Reisig-
Verkauf.

Am Dienstag, den 29.

Juni 1920 vormittags 9¹⁰

Uhr im Röhlen Brunnen in

Wildbad aus Staatswald

Wanne Abt. 8, 9, 14, 26,

36, 42, 44, 45, 49, 50, 15

Eichen mit Fm.: 1 III., 2 IV.,

3 V., 1 VI. Cl., 6 Buchen

mit Fm.: 1 III., 2 IV., 2 V.

Cl., 1 Birke mit Fm. 0,32

V. Cl.; 54 Baustrangen 1 a,

38 I b, 3 II. Cl., 8 Hag-

strangen 1, 8 II. Cl. Am.

35 Papierroller, 1 eich. An-

bruch, 11 flächenlose Reisig,

geschägt zu 1150 Wellen.

Schöne, 1^{1/2}-jährige

Ziege,

(noch nicht gelammt), sowie

ein 5 Wochen altes

Zicklein,

verkauft preiswert

Gust. Steb., Rennbachstr.

Zwei gebrauchte, guterh.

Fuhrhalfter

hat preiswert abzugeben.

Näheres in der Exped. ds.

Blattes.

Einen schönen, reinen, 2^{1/2}

Jahre alten, schwarzen

Dachshund

hat zu verkaufen

Ad. Blumenthal.

Gesucht

eine Wärterin

für eine ältere Dame. Jeweilen vormittags ab 4. Juli sich zu melden beim Portier im Quellenhof.

Hotel-Zimmermädchen

auf 1. Juli gesucht. Zu erfragen bei der Tagblattgeschäftsstelle.

2 junge, hübsche, lebenslust. Freundinnen

suchen, da hier unbekannt, auf diesem Wege die Bekanntschaft ebensolcher Herrn.

Offerten möglichst mit Bild, unter „stilles Glück“ an die Exped. ds. Blattes.

Auf Oktober 4 Zimmer-Wohnung

gesucht.

Ludwig Knaupp,

Dillingen-Saar, 3. St. Wildbad.

LIEDERKRANZ

Sonntag mittag 3 Uhr

bei Gust. Steb. „Rosenau“.

Samstag abend

Probe

im Lokal, wozu alle Sänger

zu erscheinen haben.

Der Vorstand.

Drucksachen

für jeden Bedarf ein- und mehrfarbig in feinsten Ausführung liefert rasch und preiswert

Buchdruckerei Wildbader Tagblatt.